

Geschichte und Theorie der abgestuften Integration Europas

Keutel, Anja

Preprint / Preprint

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Keutel, A. (2012). *Geschichte und Theorie der abgestuften Integration Europas*. (SEU Working Papers, 2). Leipzig: Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie, VW-Nachwuchsforschergruppe "Sozialraum Europa". <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-365997>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

SOZIALRAUM EUROPA

Die Entwicklung des territorialen Rahmens sozialpolitisch relevanter Solidarität

SEU Working Papers

Anja Keutel

GESCHICHTE UND THEORIE DER ABGESTUFTEN INTEGRATION EUROPAS

Working Paper Nr. 2/2012
März 2012

SEU Working Papers

SOZIALRAUM EUROPA
Universität Leipzig
Institut für Soziologie
Beethovenstraße 15
04107 Leipzig

ISSN 2193-8717

SEU Working Paper Series

Herausgegeben vom Forschungsprojekt *Sozialraum Europa – Die Entwicklung des territorialen Rahmens sozialpolitisch relevanter Solidarität*, gefördert durch die VolkswagenStiftung (Schumpeter Fellowship).

Die SEU Working Paper Reihe dient der Diskussion und Verbreitung von vorläufigen Forschungsergebnissen.

Copyright: Anja Keutel

Redaktion und Gestaltung: Stefanie Börner

Anja Keutel (keutel@sozio.uni-leipzig.de) hat einen Abschluss als Magister der Philosophie, Soziologie und Politikwissenschaft und ist derzeit Doktorandin am Institut für Soziologie der Universität Leipzig. In ihrer Dissertation „Die Europäische Union zwischen einheitlicher und abgestufter Integration“ untersucht sie die integrationspolitischen Entwicklungslinien der Europäischen Union.

Anja Keutel

Geschichte und Theorie der abgestuften Integration Europas

SEU Working Paper Nr. 2/2012

Universität Leipzig, Leipzig

Impressum

SEU Working Papers
ISSN **2193-8717**

SOZIALRAUM EUROPA
Universität Leipzig
Institut für Soziologie
Beethovenstraße 15
04107 Leipzig

Tel. +49 341 97357-27
Fax +49 341 9735669

Download
www.uni-leipzig.de/SozialraumEuropa/workingpapers

Zusammenfassung

Die aktuelle „Euro-Krise“ hat viele Europapolitiker dazu veranlasst, die bisherigen Integrationsstrategien der Europäischen Union verstärkt in Frage zu stellen. Mit Schlagwörtern wie „Kerneuropa“ oder „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ wird zunehmend über die Etablierung alternativer, abgestufter Integrationsmethoden nachgedacht. So argumentiert selbst José Manuel Barroso im September 2011, die dringend notwendigen wirtschafts- und währungspolitischen Reformen der Europäischen Union könnten angesichts der Blockadehaltung einiger Mitgliedstaaten nur auf dem Wege der abgestuften Integration umgesetzt werden.

Die aktuelle Brisanz dieser Debatte und die steigende Anzahl der Forderungen nach einem abgestuften Europa werden hier zum Anlass genommen, um der Frage nachzugehen, welche Erfahrungen die EU bereits mit der Anwendung abgestufter Integrationsstrategien hat. Was bedeutet überhaupt die Rede von einem „Kerneuropa“ oder einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ und welche politischen Konzepte wurden in diesem Bereich bisher entwickelt? Ein historischer Überblick über die Ideen einer abgestuften Integration Europas zeigt zunächst, dass diese Strategien keineswegs neu sind, sondern schon seit Beginn der Integrationsentwicklung von verschiedenen politischen Akteuren entwickelt wurden. Im empirischen Teil des Papers wird anschließend die Frage diskutiert, inwieweit diese Ideen im Laufe der europäischen Integration bereits verwirklicht wurden. Der Versuch, die Entstehung von abgestuften Integrationsideen und -strukturen theoretisch zu erklären, schließt das Paper ab.

Abstract

The current “Euro-Crisis” caused many European politicians to challenge the common strategy of European integration. They consider new strategies, such as the method of differentiated integration. In reference to the continuous vetos of some member states, even José Manuel Barroso argued in September 2011 that the European Union can realise the sorely needed politico-economic reforms in the way of differentiated integration only.

In the light of this debate it seems vital to analyze the history and the theory of differentiated integration in this essay. The essay intends to show what it means, when European politicians talk about “*Kerneuropa*” (Core Europe) or “*Europa der zwei Geschwindigkeiten*” (Two-paced Europe). A historical overview will evidence that these ideas of a differentiated integration are not new but have indeed been present from the very beginning of the development of the European Communities. Subsequently, the paper will explore the empirical question whether these ideas have ever been realised. The conclusion of this paper will attempt to provide a theoretical explanation of the development of these ideas and structures of differentiated integration in the European history.

Anja Keutel

GESCHICHTE UND THEORIE DER ABGESTUFTEN INTEGRATION EUROPAS

1 Einleitung: Abgestufte Integrationsstrategien als Lösungsansatz für die aktuelle Euro-Krise?

Im September 2011 argumentiert José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, in seiner „Rede zur Lage der Union“, die aktuelle Euro-Krise könne nur im Rahmen tiefgreifender wirtschafts- und währungspolitischer Reformen behoben werden. Das diesbezügliche Zögern einiger Mitgliedstaaten bewertet Barroso dabei als unverantwortliche Haltung, die die Union zusätzlich schwächt und er erklärt, die notwendigen Reformen sollten unter diesen Umständen durch die Anwendung abgestufter Integrationsstrategien, das heißt, ohne die Beteiligung dieser Mitgliedstaaten, auf den Weg gebracht werden.

Es steht Mitgliedstaaten selbstverständlich frei, Entscheidungen nicht mit zu tragen. Das ist, wie es so schön heißt, eine Frage der nationalen Souveränität. Sie haben aber nicht das Recht, die anderen am Voranschreiten zu hindern. Auch die anderen Staaten sind souverän, und wenn sie voranschreiten wollen, sollten sie das tun dürfen. (Barroso 2011b: 6)

Auch in seiner Berliner Rede denkt Barroso über die Anwendung abgestufter Integrationsstrategien zur Lösung der Euro-Krise nach:

The speed of the European Union, and a fortiori of the Euro area, cannot be the speed of its slowest member or its most reluctant member. (Barroso 2011a: 6)

Barroso ist nicht der Einzige, der angesichts der Euro-Krise über die Etablierung alternativer, abgestufter Integrationsstrategien nachdenkt. Auch Michael Hüther, Direktor des Institutes der Deutschen Wirtschaft, spricht sich in der Süddeutschen Zeitung dafür aus, die aktuelle Eurokrise durch „die Bildung eines Kerneuropas“ zu beheben. Hüther deutet die heutige Europäische Union (EU) als einen ökonomischen Zweckverband, der nur im Rahmen einer verstärkt politischen Integration stabilisiert und aus der Krise geführt werden

könne. Die EU, so Hüther, muss zu einer politischen Einheit heranwachsen. Angesichts der enorm unterschiedlichen Ausgangspositionen und der Differenzen in den nationalen Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten, ist eine solche politische Einheit in der heutigen EU nach Hüthers Ansicht allerdings nicht realisierbar. Deshalb argumentiert er:

Der Ausweg kann nur in einem Europa unterschiedlicher Integrationsräume liegen. Wir müssen den Mut aufbringen, Kerneuropa unter Anbindung an frühere Einigungsschritte als Vision neu zu denken und damit als Vehikel für die politische Einigung zu sehen, um zugleich die heutige Union als ökonomische Zweckgemeinschaft stabilisieren zu können. (Hüther 2011: 2)

Auch Andreas Fischer-Lescano und Steffen Kommer gehen in Ihrem Aufsatz „Verstärkte Zusammenarbeit in der EU“ der Frage nach, inwieweit die aktuelle Eurokrise durch die Anwendung abgestufter Integrationsstrategien behoben werden kann. Ähnlich wie Hüther vertreten sie dabei die These, dass die aktuelle Krise nur im Rahmen tief greifender Reformen behoben werden könne und schlagen daher vor, den Bereich der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion grundlegend neu zu gestalten. Der im März 2011 verabschiedete Maßnahmenkatalog „Euro-Plus-Pakt“, der nur von 23 der 27 EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet wurde, dokumentiere die Notwendigkeit einer abgestuften Integration. Denn nur durch ein wirtschaftspolitisches Kerneuropa, so die Autoren, können die notwendigen Reformschritte dennoch auf den Weg gebracht werden (Fischer-Lescano/Kommer 2011: 12). In der anschließenden Analyse zeigen die Autoren dann allerdings, dass die bisherigen rechtlichen Instrumente der EU, die eine Anwendung abgestufter Integrationsstrategien ermöglichen würden, wie beispielsweise die „Verstärkte Zusammenarbeit“, für die Etablierung eines solchen Kerneuropas nicht geeignet sind. Um die aktuelle Eurokrise beheben zu können, so das Fazit der Autoren, muss die EU auch im Bereich der abgestuften Integrationsstrategien neue Wege gehen.

Diese Beispiele zeigen, dass die „Euro-Krise“ sowohl Europapolitiker als auch Europawissenschaftler dazu veranlasst, die bisherigen Integrationsstrategien der Europäischen Union verstärkt in Frage zu stellen. Mit Schlagwörtern wie „Kerneuropa“ oder „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ wird zunehmend über die Etablierung differenzierter Integrationsmethoden nachgedacht. Dahinter steht meist der Gedanke, dass die Blockadehaltung einzelner Staaten nicht die Reform der gesamten Union behindern darf. Um ein Voranschreiten der Krise oder gar einen Zerfall der Gemeinschaft zu verhindern, so die Überlegung, müssen sich die reformwilligen Staaten zu einer politischen Führungsgruppe zusammenschließen und der Union durch die Anwendung differenzierter Integration einen Weg in die Zukunft eröffnen.

Die aktuelle Brisanz dieser Debatten und die steigende Zahl der Forderungen nach einem abgestuften Europa legen die Frage nahe, ob solche Methoden der differenzierten Integration in der Geschichte der Europäischen Union jemals zuvor Anwendung fanden. Welche Erfahrungen hat die EU bereits mit solchen Strategien? Was bedeutet die Rede von einem

„Kerneuropa“ oder einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ überhaupt? Und welche politischen Konzepte wurden in diesem Bereich bisher entwickelt?

Wie im Folgenden gezeigt werden soll, sind diese Ideen eines abgestuft organisierten Europas nicht neu. Sie begleiten die Entwicklung der Europäischen Union bereits seit ihren Anfängen. Ein historischer Überblick über die Geschichte der abgestuften Integrationsstrategien soll deshalb zunächst zeigen, wann diese Ideen von wem vertreten und entwickelt wurden. Dabei werde ich deutlich machen, dass diese Konzepte in der Europapolitik immer dann besonders populär waren, wenn die Integrationsentwicklung durch negative Referenden, Erweiterungen oder generelle Stagnation geschwächt war. Dieser historische Überblick soll dann in einem zweiten Schritt dazu dienen, im Rahmen einer Systematik der abgestuften Integrationsstrategien die einzelnen politischen Konzepte inhaltlich zu analysieren und miteinander zu vergleichen. Dabei werde ich zeigen, dass sich die einzelnen, beispielsweise von Willy Brandt, Leo Tindemans, Wolfgang Schäuble oder Jacques Chirac zu unterschiedlichen Zeiten entwickelten Ideen im Grunde kaum voneinander unterscheiden. Die Strategie der abgestuften Integration soll immer dazu dienen, Blockaden, die sich aus der Anwendung einheitlicher Integrationsmethoden ergeben, aufzuheben. Die einzelnen Konzepte unterscheiden sich dann nur hinsichtlich der Frage, in welchem Integrationsfeld diese Einschränkung stattfinden und mit welcher Intensität sie vollzogen werden soll.

Im empirischen Teil der Arbeit wird anschließend die Frage diskutiert, inwieweit diese Konzepte im Laufe der europäischen Geschichte schon einmal umgesetzt wurden. Ein kurzer Überblick über den aktuellen Forschungsstand zeigt, dass diese Fragestellung bisher nur sehr selektiv beantwortet wurde. Die vereinzelt Analysen beschränken sich dabei entweder auf bestimmte Integrationsereignisse wie das Schengener Abkommen oder auf einen historischen Politikbereich der europäischen Integration. Obgleich im Ergebnis dieser Analysen also davon ausgegangen werden kann, dass abgestufte Integrationsstrategien im Laufe der europäischen Integrationsgeschichte bereits angewandt wurden, bleiben wesentliche Fragen zur Integrationsstruktur der Europäischen Unionsgeschichte in der bisherigen Europaforschung unbeantwortet. So fehlt bis heute ein Gesamtüberblick über die Entwicklung der Europäischen Integrationsstruktur, der zeigt, welche Strategietypen tatsächlich zum Einsatz kamen, in welchem quantitativen Verhältnis die einheitlichen und abgestuften Strategien zueinander stehen und welche langfristigen Entwicklungen hier stattgefunden haben, ob die Anzahl der abgestuften Integrationsschritte beispielsweise mit der Zeit zu- oder abgenommen haben. Der Versuch, die Entstehung abgestufter Integrationsstrategien theoretisch zu erklären, soll das Paper abschließen. Dabei wird die These vertreten, dass abgestufte Integrationsstrategien primär als Instrumente der europapolitischen Akteure gedeutet werden müssen, die dazu beitragen sollen, den immanenten Zielkonflikt zwischen Erweiterung und Integration aufzulösen.

2 Ideengeschichte der abgestuften Integration

Die Idee einer „abgestuften Integration Europas“ ist nicht neu: Vor allem in Krisenzeiten fordern Politik und Wissenschaft immer wieder, durch die Anwendung differenzierter Integrationsstrategien neue Wege für die Zukunft eines Vereinten Europa zu erschließen. Eine Analyse der einzelnen Forderungen zeigt, dass diese Ideen vor allem dann große Akzeptanz in der Europapolitik finden, wenn ein neuer Vertrag im Rahmen eines Referendums durch ein oder mehrere Mitgliedstaaten abgelehnt wird, die Union sich mit einer bevorstehenden Erweiterung auseinandersetzen muss oder der Integrationsprozess generell stagniert.

2.1 Negative Referenden

Als die irischen Bürgerinnen und Bürger 2008 den Vertrag von Lissabon im Rahmen eines Referendums ablehnen, befürchten viele Europapolitiker, dieses Veto könnte eine erneute schwere Krise des Integrationsprozesses auslösen. Um dies zu verhindern, reagiert ein Großteil der Europapolitik mit dem Vorschlag, von der einheitlichen Integration abzuweichen und Irland im Sinne differenzierter Integrationsstrategien aus dem weiteren Integrationsprozess auszuschließen. Werner Hoyer, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion argumentiert in diesem Sinne:

Der Vertrag von Lissabon weist den Weg in die Zukunft, es ist das gute Recht der Iren, diesen Weg nicht mitzugehen. Aber genauso ist es das gute Recht der Staaten, die mehr wollen, gemeinsam voranzuschreiten. (Spiegel Online 2008b)

Bernd Posselt, außenpolitischer Sprecher der CSU im Europaparlament fordert sogar eine „Neugründung der EU durch Deutschland, Frankreich und einige Kernstaaten“ (Spiegel Online 2008a: 2). Ähnliche Überlegungen zu Gunsten differenzierter Integrationsstrukturen wurden auch 2005 anlässlich des Scheiterns des Verfassungsvertrages durch das niederländische und französische Veto und 1992 anlässlich der Ablehnung des Vertrags von Maastricht durch Dänemark entwickelt (siehe FAZ 2005a und FAZ 2005b).

2.2 Erweiterungen der Europäischen Gemeinschaften

Ein anderer, in der EU-Geschichte immer wiederkehrender Anlass zur Reflexion über den Vorteil abgestufter Integrationsmethoden ist die Erweiterung der Gemeinschaft durch die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten. Das älteste Beispiel für diesen Zusammenhang ist die Rede von Willy Brandt am 19. November 1974 vor der Organisation *Française du Mouvement Européen* in Paris, in der er anlässlich der ersten Erweiterung der EWG 1973 über eine Abstufung der wirtschaftlichen Integration nachdenkt:

Die Gemeinschaft sollte sich [...] die Einsicht zu eigen machen, daß sie nicht geschwächt, sondern gestärkt wird, wenn die ihrer Wirtschaftslage nach objektiv

stärkeren Länder die wirtschaftliche Integration voranbringen, während andere Länder aufgrund ihrer objektiv abweichenden Lage hieran zunächst in Abstufung teilnehmen. (Brandt 1974)

Ein weiteres Beispiel für den Zusammenhang zwischen den Erweiterungen der EU und der verstärkten Forderung nach abgestuften Integrationsstrategien ist das europapolitische Grundsatzpapier von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers. Als das europäische Parlament im Mai 1994 den baldigen Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens beschließt, fordern die CDU-Politiker in ihrem Papier, die EU solle angesichts der durch die Erweiterung ansteigenden Heterogenität in der Union zu einer Integration der „variablen Geometrie“ übergehen (Schäuble und Lamers 1994).¹ Denn, so die Autoren, die Europäische Union leidet schon jetzt, vor der Erweiterung, unter der Überdehnung ihrer Institutionen und einer zunehmenden Differenzierung der Interessen und Wahrnehmungen. Wenn die bevorstehende Erweiterung also nicht zu einer empfindlichen Schwächung der EU führen soll, dann:

[...] muß sich neben der Effizienzsteigerung des Entscheidungsverfahrens und der Demokratisierung der Willensbildung der Union der feste Kern von integrationsorientierten und kooperationswilligen Ländern, der sich bereits herausgebildet hat, weiter festigen [...]. Der feste Kern hat die Aufgabe, den zentrifugalen Kräften in der immer größer werdenden Union ein starkes Zentrum entgegenzustellen und damit die Auseinanderentwicklung zwischen einer eher protektionismus-anfälligen Süd-West-Gruppe unter einer gewissen Anführung durch Frankreich und einer stärker dem freien Welthandel verpflichteten Nord-Ost-Gruppe unter einer gewissen Anführung durch Deutschland zu verhindern. (Schäuble und Lamers 1994: 5)

Besonders intensiv wurde die Notwendigkeit abgestufter Integration anlässlich einer baldigen Erweiterung in der so genannten „Finalitätsdebatte“ diskutiert. Im Rahmen dieser Debatte hat sich die Europapolitik angesichts der bevorstehenden Osterweiterung von 1999 bis 2003 intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, welche ordnungspolitische Finalität die Europäische Union eigentlich anstreben sollte.² Soll die europäische Integration als Entstehungsprozess einer europäischen Föderation verstanden werden, wie es damals etwa von Jacques Delors (1999) und Joschka Fischer (2000) gefordert wurde oder steht am Ende des Einigungsprozesses ein europäischer Staatenbund, wie Tony Blair (2000) argumentiert? Neben der politisch finalen Gestalt der EU wurde zugleich darüber debattiert, welche Integrationsstrategie für die Verwirklichung der europäischen Zielsetzung am besten geeignet ist: Ist es möglich, dass die EU, wenn sie um voraussichtlich 12 neue Mitglieder erweitert wird, an ihrer Methode der einheitlichen Integration festhält? Oder muss diese Integrationsmethode angesichts der zunehmenden Heterogenität der Gemeinschaft selbst als wach-

¹ Dieser Vorschlag wurde 1997 in dem von der Bertelsmann Stiftung herausgegebenen Band „Das neue Europa – Strategien differenzierter Integration“ aufgegriffen und weiterdiskutiert.

² Spätestens die Tatsache, dass sich die Europapolitik 1999 mit dieser Frage auseinandersetzt, also 48 Jahre nach dem Beginn der europäischen Integration, zeigt, dass dieser Integrationsprozess keinem festen „Bauplan“ folgt, sondern immer wieder neu verhandelt wird.

sendes Integrationshindernis bewertet werden? Viele Europapolitiker argumentierten damals, dass sich die Union von dieser Methode der „Vertiefung im Gleichschritt“ (Verheugen 2005: 51) verabschieden muss. Die EU könne angesichts der zunehmenden Heterogenität im Inneren nur dann handlungsfähig bleiben, wenn die Etablierung abgestufter Integrationsstrategien es den Mitgliedstaaten erlauben würde, unter dem gemeinsamen Dach auch unterschiedliche Integrationswege zu beschreiten. Jacques Chirac fordert beispielsweise im Rahmen dieser Debatte am 27. Juni 2000 vor dem Deutschen Bundestag in Berlin die Etablierung einer europäischen „Avantgarde-Gruppe“. Diese um eine deutsch-französische Achse gruppierte Integrationsavantgarde soll als „Wegbereiter der europäischen Integration“ fungieren, indem sie vor allem in den Bereichen der Wirtschafts-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik wichtige Impulse schafft und umsetzt. Chirac entfernt sich mit diesem Konzept bereits sehr weit vom Prinzip der „Europäischen Einheit“, da er sogar Kooperationen außerhalb des Vertrages für möglich hält (Chirac 2000). Auch Jaques Delors (2000), Joschka Fischer (ebd.) und Carlo Ciampi (2003) fordern im Rahmen dieser Debatte die Etablierung eines Kerneuropas.

2.3 Stagnation des Integrationsprozesses

Der dritte Anlass, der immer wieder zu einer erhöhten Akzeptanz von abgestuften Integrationsstrategien führt, ist die generelle Stagnation des Integrationsprozesses. Exemplarisch lässt sich dieser Zusammenhang anhand der wirtschaftspolitischen Stagnation der EWG in den 60er und 70er Jahren verdeutlichen.

Mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 verfolgten die 6 Gründungsstaaten Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten das Ziel, ihre nationalen Volkswirtschaften miteinander zu verschmelzen. Das Kernprojekt dieser Gemeinschaft war deshalb die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes (EWGV, Art. 3). Trotz zahlreicher Bemühungen gelang es den Mitgliedstaaten jedoch lange nicht, diese ehrgeizige Zielsetzung in einem überzeugenden Maße umzusetzen. Mit dem raschen Abbau der Binnenzölle konnte zwar der uneingeschränkte Warenverkehr zwischen den Staaten eingeführt werden, eine darüber hinausgehende wirtschaftspolitische Verschmelzung fand allerdings nicht statt. Zusätzlich zu dieser wirtschaftspolitischen Stagnation wurde die Gemeinschaft durch die „Politik des leeren Stuhls“ von de Gaulle und durch den „Luxemburger Kompromiss“ weiter geschwächt und ein wirtschaftlich geeintes Europa schien Anfang der 70er Jahre in weiter Ferne zu liegen (siehe dazu Brunn 2004 und Kohler 1981).

Diese Krise schuf in der Europapolitik eine erhöhte Bereitschaft, über alternative Integrationswege nachzudenken und so beauftragten die Staats- und Regierungschefs der EWG 1974 den damaligen belgischen Premierminister Leo Tindemans, Lösungsvorschläge für diese seit fast 20 Jahren währende Stagnation zu erarbeiten. Tindemans legte seine Vorschläge ein Jahr später in dem so genannten „Bericht über die Europäische Union“ vor.

Er schreibt:

Es ist unmöglich, heute ein glaubwürdiges Aktionsprogramm zu entwickeln, wenn man davon ausgeht, dass es absolut erforderlich ist, dass in allen Fällen alle Etappen von allen Staaten zum gleichen Zeitpunkt zurückgelegt sein müssen. Objektiv gesehen bestehen in der Wirtschafts- und Finanzlage derart große Unterschiede, dass mit dieser Forderung jeder Fortschritt unmöglich wird und Europa weiter zerfällt. Man muss sich dazu bereit finden können: dass [...]

1. Die Staaten, welche die Möglichkeit haben, Fortschritte zu machen, auch die Pflicht haben, dies zu tun
2. Die Staaten, welche vom Rat auf Vorschlag der Kommission als objektiv anerkannte Gründe haben, nicht weiter vorzurücken, dies nicht tun, wobei sie von den anderen Staaten Hilfe und Beistand erhalten, soweit diese dazu in der Lage sind, damit sie die anderen einholen können, [...]. (Tindemans 1975: 17f.)

Mit dem Verweis auf die wirtschaftliche Heterogenität der Mitgliedstaaten schlägt Tindemans hier also vor, den weiteren Verlauf der europäischen Integration differenziert zu gestalten, wobei sich die Struktur dieser Differenzierung an der wirtschaftlichen Stärke der einzelnen Staaten orientieren soll. Obwohl dieser Vorschlag bereits von Willy Brandt 1974 formuliert wurde, hat der Tindemans-Bericht historisch eine weitaus größere Bedeutung, denn hier wird zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Integration ein detailliert ausgearbeiteter Plan für die Etablierung abgestufter Integrationsstrategien vorgelegt. Tindemans ist damit der erste Europapolitiker, der mit seinem Konzept weit über die bloße Nennung von Schlagwörtern hinausgeht und die Idee einer abgestuften Integration praktisch umsetzbar gestaltet.

2.4 Systematischer Überblick über die Integrationsstrategien der Europäischen Einigung

Die obigen Ausführungen haben gezeigt, dass Europapolitiker im Rahmen ihrer integrationsstrategischen Debatten sehr unterschiedliche Begriffe verwenden, um ihre Konzepte eines abgestuften Europas zu bezeichnen. Während Verhofstadt von einem „Europa der konzentrischen Kreise“ spricht (Verhofstadt 2006: 12), denkt Angela Merkel über ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ nach (Merkel 2008: 11) und distanziert sich gleichzeitig von der Idee eines „Kerneuropas“ (ebd.: 5). Brandt verwendet wiederum den Begriff der „abgestuften Integration“ (Brandt 1974), Schäuble und Lamers geben ihrem Konzept den Namen „flexible Integration“ oder auch „Europa der variablen Geometrie“ (Schäuble und Lamers 1994: 5) und Fischer fordert eine „differenzierte Integration“ (Fischer 2000: 8). Eine detaillierte Analyse der einzelnen Konzepte zeigt indes, dass die integrationspolitische Ideenlandschaft in der Europapolitik längst nicht so komplex ist, wie es diese Vielzahl an Begriffen suggeriert. Stattdessen weisen die einzelnen Konzepte inhaltlich eine starke Ähnlichkeit auf.

Die Strategie der einheitlichen Integration

Im Rahmen einer Systematik der abgestuften Integrationsstrategien kann diese Ähnlichkeit leicht verdeutlicht werden. So muss die Strategie der „einheitlichen Integration“ bis heute als das dominante Leitbild³ der europäischen Integrationsideen betrachtet werden. Diese Strategie sieht vor, dass die Mitglieder der Europäischen Union auf dem Wege der Integration stets gemeinsam voranschreiten. Das heißt, jeder Integrationsschritt wird von den Mitgliedstaaten zur gleichen Zeit und im gleichen Tempo, mit der gleichen Zielsetzung, den gleichen Mitteln und im gleichen institutionellen und rechtlichen Rahmen umgesetzt.⁴ Dabei ist die große Mehrzahl der Europapolitiker bis heute der Ansicht, dass die Integration Europas nach dieser einheitlichen Strategie organisiert werden sollte. Sie beziehen sich dabei zu Recht auf die Gründungsväter der Europäischen Union, die eine gleichberechtigte Gemeinschaft der europäischen Staaten schaffen wollten. Die Einheitlichkeit dieser Gemeinschaft ist deshalb bis heute eines der wichtigsten Leitbilder der EU. Das darf auch angesichts der aktuellen Krisendebatten nicht übersehen werden.⁵

Die Strategien der nicht-einheitlichen Integration

Die Forderungen nach einer nicht-einheitlichen Integrationsmethode, stellen deshalb – auch wenn sie in der europäischen Geschichte immer wieder auftreten – einen Ausnahmediskurs dar. Sie entstehen, wie oben gezeigt wurde, in Krisen- oder Stagnationssituationen der Gemeinschaft und bei vielen dieser Forderungen liegt die Vermutung nahe, dass es sich hier eher um eine Drohgebärde handelt, die das einheitliche Voranschreiten wieder ermöglichen soll, anstatt tatsächlich auf die Etablierung nicht-einheitlicher Strategien abzielen. Diese Funktionalisierung der abgestuften Integrationsideen ist beispielsweise bei der Reaktion auf das irische Veto 2008 gut zu beobachten. Viele Europapolitiker, die in den ersten Tagen einen Ausschluss Irlands fordern, bekräftigten nach dem Einlenken der irischen Regierung ihre Befürwortung der einheitlichen Integration.⁶

Bei den meisten Forderungen dieser Art werden die oben genannten Begriffe wie „Kerneuropa“ oder „abgestufte Integration“ deshalb auch nur schlagwortartig verwendet, ohne dass eine detaillierte Explikation des dahinter stehenden Konzeptes erfolgen würde. Diese Diskurse eignen sich deshalb wenig für die inhaltliche Analyse dieser politischen Leitbilder. Um ein detailliertes Bild der Ideen eines abgestuften Europas zu erhalten, muss sich die

³ Für eine gute Einführung in den Begriff des „europapolitischen Leitbildes“ siehe Münch (2007).

⁴ Zum Begriff der „einheitlichen Integration“ siehe auch Scharrer (1984: 12ff.), Langeheine (1984: 57), Grabitz und Iliopoulos (1984: 33f.) und Schmale (2010: 101).

⁵ Diese Ansicht vertritt auch Schmale: „Dieses Ideal fungiert bis heute als stärkster Ausdruck der Finalität auch der europäischen Union.“ (Schmale 2010: 101)

⁶ Vergleiche beispielsweise Frank Walter Steinmeier in: Spiegel Online (2008c) und Spiegel Online (2008e) oder Jean-Claude Juncker in: Spiegel Online (2008c) und Spiegel Online (2008d). Wilfried Loth deutet auch die Kerneuropa-Debatte 1994, zu der auch das Schäuble-Lamers-Papier gehört, als „strategisches Instrument, um die britische Blockade bei der Osterweiterung und weiteren Vertiefungsschritten zu unterlaufen.“ (John 2006)

Untersuchung deshalb auf die Papiere und Reden konzentrieren, in denen die Akteure explizit darlegen, welche politischen, institutionellen und rechtlichen Strukturen sie im Rahmen von nicht-einheitlichen Integrationsstrategien in der EU verwirklichen wollen.

Die Analyse dieser Quellen zeigt dann zunächst, dass sich alle nicht-einheitlichen Integrationsideen vom Konzept der einheitlichen Integration dadurch abgrenzen, dass mindestens ein Kriterium der einheitlichen Integration nicht länger erfüllt werden soll. Das Konzept eines „Europas der zwei Geschwindigkeiten“ sieht beispielsweise eine temporäre Abstufung vor. Das heißt, die im Vertrag fixierten Integrationsschritte gelten zwar immer noch für alle Mitgliedstaaten, aber die Umsetzung dieser Schritte soll zeitlich gestaffelt stattfinden, indem die integrationswilligen oder -fähigen Staaten zunächst gesondert voranschreiten, während die integrationsunwilligen oder – unfähigen Staaten erst später zu dieser Gruppe aufschließen.

Die Vielzahl von nicht-einheitlichen Integrationsstrategien kann dann in Bezug auf die geplante Intensität der Abstufung in zwei große Gruppen unterteilt werden: die dynamischen Integrationsstrategien unterscheiden sich dabei deutlich von den abgestuften Integrationsstrategien. Denn als „dynamisch“ können all jene Modelle bezeichnet werden, die explizit an der Zielsetzung einer einheitlichen Integrationsgemeinschaft festhalten, um deren Realisierung zu ermöglichen, aber eine vorübergehend nicht-einheitliche Integrationsmethode fordern. Im Rahmen dieser Konzepte wird stets betont, dass die nicht-einheitlichen Maßnahmen zeitlich begrenzt bleiben sollen und die Einheitlichkeit der Gemeinschaft so schnell wie möglich wieder herzustellen ist. Eine dauerhafte Spaltung der EU soll im Rahmen dieser Konzepte auf jeden Fall verhindert werden. So betont Chirac in seiner Rede 2000 beispielsweise in Bezug auf sein Konzept einer „Europäischen Avantgarde-Gruppe“:

Diese Gruppe würde die Rolle eines Wegbereiters spielen, [...] ohne dabei allerdings die Kohärenz und den Besitzstand der Union je in Frage zu stellen[...]. Wir müssen vermeiden, dass in Europa für immer Gräben entstehen, zumal es doch unser einziges Ziel ist, sicherzustellen, dass auch weiterhin Impulse gegeben werden können.

Deshalb ist es Chirac wichtig, dass „diese Gruppe allen denjenigen, die sich ihr anschließen möchten, offen stehen muss.“ (Chirac 2000: 5f.)

Auch Fischer erklärt in seiner Rede:

Bei jeder Überlegung über die Option Gravitationszentrum muss eines klar sein: diese Avantgarde darf niemals exklusiv, sondern muss für alle Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten der EU offen sein, [...] Für alle diejenigen, die teilnehmen wollen, aber dazu die Bedingungen nicht haben, muss es Heranführungsmöglichkeiten geben. (Fischer 2000: 9)

Das Konzept der „dynamischen Integration“ ist also in dem Sinne „dynamisch“, dass die Integrationsstrukturen für das spätere Aufschließen ursprünglich nicht beteiligter Mitglieder offen bleiben, um so die baldige Wiederherstellung der ursprünglichen Einheitlichkeit gewährleisten zu können. Genau diese Offenheit wird von den Vertretern der abgestuften

Integrationsstrategie abgelehnt. Sie plädieren stattdessen für „eine Konstellation, in der eine Gruppe von Mitgliedern in mehreren wesentlichen Politikfeldern tiefer integriert ist als der Rest.“ (Vobruba 2007: 85) Die Unterschiede zwischen den dynamischen und den abgestuften Konzepten sind selbstverständlich gradueller Natur. Auch die Befürworter der abgestuften Integration sind weit davon entfernt, sich offen für eine dauerhafte Spaltung der EU auszusprechen. Trotzdem vertreten sie die These, dass die Einheitlichkeit der EU nicht um jeden Preis erhalten werden muss, sondern dass die langfristige Etablierung differenzierter Integrationsstrukturen unter bestimmten Umständen das bessere Organisationsprinzip für eine erfolgreiche Europäische Union darstellen kann. Schäuble und Lamers vertreten diese Perspektive beispielhaft, wenn sie in ihrem Papier fordern:

Daher muss sich neben der Effizienzsteigerung des Entscheidungsverfahrens und der Demokratisierung der Willensbildung der Union der feste Kern von integrationsorientierten und integrationswilligen Ländern, der sich bereits herausgebildet hat, weiter festigen. (Schäuble und Lamers 1994: 5)

Wie dieses Beispiel zeigt, geht es im Rahmen der abgestuften Integrationskonzepte also nicht mehr um eine vorübergehende Anwendung einzelner differenzierter Integrationsstrategien zur Förderung der einheitlichen Entwicklung, sondern hier geht es um die dauerhafte Etablierung einer Kern-Peripherie-Struktur der Europäischen Union.⁷ Besonders interessant an der Argumentation von Schäuble und Lamers ist außerdem, dass sie hier nicht nur die zukünftige Etablierung eines Kerneuropas fordern, sondern dass sie auch davon ausgehen, dass sich ein solcher Kern im Laufe der europäischen Integrationsgeschichte bereits herausgebildet hat. Spätestens diese Argumentation führt zu der Frage, ob die Forderungen nach einem nicht-einheitlich integrierten Europa je in die politische Realität überführt wurden. Konnten diese Leitbilder der differenzierten Integration in der realpolitischen Gestaltung des europäischen Integrationsprozesses tatsächlich umgesetzt werden? Wurden also im Laufe der europäischen Integration abgestufte Integrationsstrategien verwendet? Oder verlief die Integration jenseits dieser politischen Überlegungen doch immer wieder einheitlich?

3. Abgestufte Integration als europäische Realität?

Die Frage nach der realpolitischen Integrationsstruktur der europäischen Einigung konnte bis heute – das sei gleich zu Beginn gesagt – in der Europaforschung nicht abschließend beantwortet werden. Ein kurzer Überblick zum aktuellen Forschungsstand soll zeigen, welche Arbeiten bisher zu diesem Thema vorgelegt wurden und wie diese im Einzelnen zu bewerten sind.

⁷ Auch Schäuble und Lamers gehen davon aus, dass der Kern für integrationswillige Staaten offen sein muss. An keiner Stelle plädieren die Autoren aber dafür, die Kern-Peripherie-Struktur unbedingt zugunsten einer möglichen Einheitlichkeit wieder aufzugeben (Schäuble und Lamers 1994: 5).

1. Das Paradigma der einheitlichen Integration

Grundsätzlich ist sich die Europaforschung zunächst darin einig, dass die einheitliche Integrationsstrategie das realpolitische Paradigma der europäischen Integration darstellt. So leitet Tobias Bender seine Untersuchung der verstärkten Zusammenarbeit mit der Feststellung ein:

Auf rechtlicher Ebene ist dieser Prozess der europäischen Einigung von der Transformation einer Vielzahl von Rechtsordnungen hin zu einer einheitlichen europäischen Rechtsordnung gekennzeichnet. Erreicht werden soll diese Transformation bisher mittels des Konzepts der einheitlichen Integration, d.h. einer Einheitsbildung durch Regelungen, die für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen verbindlich sind. (Bender 2001: 730f.)

Und Hans-Eckart Scharrer schreibt schon 1984:

Das Leitbild der tradierten Gemeinschaftsmethode ist die einheitliche Integration („Vollintegration“): Eine Gemeinschaftsregelung wird von allen Mitgliedstaaten zum gleichen Zeitpunkt mit gleichem sachlichen Inhalt angewandt. (Scharrer 1984: 12)

Die einheitliche Integrationsstrategie wird hier also deshalb als Paradigma der Europäischen Einigung bewertet, weil die Europaforschung davon ausgeht, dass die Entwicklung und Gestaltung der Europäischen Union primär an den Prinzipien dieser Strategie ausgerichtet wurde.⁸ Soll diese These auf ihre empirische Plausibilität hin untersucht werden, dann verlangt dies eine Analyse der europäischen Integrationsstruktur. Diese Integrationsstruktur ist in den Verträgen der Europäischen Gemeinschaften festgelegt. Die Europäischen Verträge können somit als Grundbausteine des europäischen Integrationsprozesses beschrieben werden. Eine detaillierte Analyse der Verträge zeigt dann auch tatsächlich, dass die Rede von der einheitlichen Integration als europapolitischem Paradigma empirisch zulässig ist. So beschreiben die Europäischen Gemeinschaften ihre Integrationsmethode dort als einheitlich. Im Vertrag von Lissabon heißt es beispielsweise:

Die Union achtet die Gleichheit der Mitglieder vor den Verträgen. (Vertrag von Lissabon, 2007, Artikel 3a (2)).

Und im Vertrag über die Europäische Union beschreibt die EU ihre Integrationsstrategie folgendermaßen:

Die Union verfügt über einen einheitlichen institutionellen Rahmen, der die Kohärenz und Kontinuität der Maßnahmen zur Erreichung ihrer Ziele unter gleichzeitiger

⁸ Diese Perspektive wird unter anderem vertreten von Fischer-Lescano & Kommer (2011: 4), Langeheine (1984: 119) und Schmale, der in seiner Untersuchung nachweist, dass die „Logik der politischen Einheit“ in allen Verträgen der EU als Paradigma des Integrationsprozesses angesehen wird (Schmale 2010: 104ff.).

Wahrung und Weiterentwicklung des gemeinschaftlichen Besitzstandes sicherstellt.
(Vertrag über die Europäische Union, 1992, Titel I, Artikel C)⁹

Diese Beispiele zeigen deutlich, dass die einheitliche Integrationsstrategie sowohl von der Europaforschung als auch von der EU selbst als Paradigma der europäischen Integration bewertet wird.

2. Abgestufte Integration als realpolitisch verwirklichte Alternative

Obgleich die Dominanz der einheitlichen Integrationsstrategie also allgemein anerkannt wird, vertreten einige Forscher die These, dass die Gestaltung der Europäischen Einigung nicht ausschließlich nach den Prinzipien dieser Strategie organisiert wurde. In der Entstehungsgeschichte der EU lassen sich stattdessen, so die These, auch Fälle nachweisen, bei denen nicht-einheitliche Integrationsstrategien angewandt wurden. Heinrich Schneider verweist in diesem Zusammenhang beispielsweise auf die Errichtung des Europäischen Währungssystems (EWS) 1979. Großbritannien nahm zu diesem Zeitpunkt nicht am Währungssystem teil und trat erst 1990 bei (Schneider 2004: 23ff.). Fischer-Lescano & Kommer bewerten das Schengener Abkommen von 1985 als einen „differenzierten Integrations-schritt“, denn dieses Abkommen wurde ursprünglich nur zwischen den Benelux-Staaten, der Bundesrepublik und Frankreich geschlossen. Selbst als das Abkommen 1997 in das EU-Recht integriert wurde, verweigerten Großbritannien und Irland erfolgreich die Umsetzung dieser Bestimmungen an ihren Grenzen (Fischer-Lescano/Kommer 2011: 5). Werner Weidenfeld nennt die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) als Beispiel für realpolitisch verwirklichte abgestufte Integration. So sind bis heute die Mitgliedschaften der EU und des Euro-Raums nicht deckungsgleich, da immer noch 10 Staaten die wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen für die Teilnahme am Euro-Raum nicht erfüllen oder aus politischen Gründen nicht beitreten wollen (Weidenfeld/Janning 1997: 153).

Das EWS, das Schengener Abkommen und die WWU sind die klassischen Beispiele, die in der Forschung immer wieder angeführt werden, wenn es um die Frage geht, ob innerhalb der europäischen Integration auch Abstufungen stattgefunden haben. Obgleich der Bezug auf diese historischen Integrations-schritte empirisch absolut plausibel ist, geht die Europaforschung bis heute nicht über diese selektive Analyse einzelner historischer Beispiele hinaus. Das heißt, es fehlt bis heute ein Gesamtüberblick über die Entwicklung der Europäischen Integrationsstruktur, der zeigen würde, welche Integrationsstrategien hier im Einzelnen konkret angewandt wurden.

In der Geschichte der Europaforschung gab es natürlich immer wieder Analysen, die zumindest die Integrationsstruktur einzelner europäischer Politikbereiche untersuchen oder spezielle Abstufungsfälle wie das Schengener Abkommen integrationstheoretisch rekonstruieren. Sehr wichtig in diesem Zusammenhang ist die Untersuchung „Abgestufte Integration - eine Alternative zum herkömmlichen Integrationskonzept?“ von Eberhardt Gra-

⁹ Zur integrationsstrategischen Deutung dieses Artikels siehe auch Bender (2001: 731).

bitz, Hans-Eckart Scharrer und Bernd Langeheine aus dem Jahr 1984. Wie der Titel schon zeigt, ist diese Untersuchung normativ motiviert, denn die Autoren erörtern hier die Frage, inwieweit abgestufte Integrationsstrategien die damalige Stagnation der europäischen Integration aufheben könnten.¹⁰ Vor allem in der politikwissenschaftlichen Europaforschung finden sich viele Abhandlungen zur europäischen Integrationsstruktur, die durch ihre Fragestellung auf ein solches normatives Erkenntnisinteresse schließen lassen (bspw. Breuss 1998, Herz/Hild 2007, Schäfer 2007, Emmanouilidis 2009). Das besondere an der Untersuchung von Grabitz und Co. ist aber, dass diese Autoren versuchen, ihrer normativen Argumentation eine empirische Grundlage zu geben, indem sie zuerst der Frage nachgehen, welche Integrationsstrategien im damals aktuellen EWG-Vertrag überhaupt schon angewandt wurden und zu welchen Ergebnissen die einzelnen Strategien geführt haben. Im Rahmen dieser empirischen Fragestellung entwickeln die Autoren erstmals eine Methode zur Analyse der europäischen Integrationsstruktur. Obgleich ihnen damit eine wegweisende Bedeutung für diesen Forschungsbereich nicht abgesprochen werden kann, ist ihr analytisches Konzept für eine Untersuchung der gesamten europäischen Integrationsstruktur nur sehr eingeschränkt nutzbar. So identifizieren sie allein im EWG-Vertrag 14 verschiedene Integrationsstrategien und betonen zudem, dass selbst diese detaillierte Systematik zu oberflächlich sei, um die tatsächliche strategische Komplexität des Vertrages adäquat zu erfassen (Grabitz/Franzmeyer 1984). Eine Systematik, die bereits bei der Analyse eines einzelnen Vertrages mit so vielen verschiedenen Strategietypen arbeitet, eignet sich freilich kaum für die Analyse der gesamten europäischen Integrationsentwicklung. Die Untersuchung von Grabitz & Co bleibt aber bis heute die einzige, die einen größeren Bereich der europäischen Integrationsstruktur untersucht, indem sie einen ganzen europäischen Vertrag, den EWG-Vertrag analysiert. Daneben gibt es in der Europaforschung nur Abhandlungen, die sich auf spezielle Politikbereiche oder spezielle Integrationsereignisse konzentrieren. Heiko Beck analysiert beispielsweise die einheitlichen und nicht-einheitlichen Integrationsstrategien im Bereich des europäischen Umweltrechts (Beck 1995) und konzentriert sich dabei genauso wie Jochen Beutel, der die differenzierte Integration in der Wirtschafts- und Währungsunion untersucht, auf einen speziellen Bereich der EU-Politik (Beutel 2006). Tobias Bender fokussiert in seiner sehr gelungenen Untersuchung wiederum eine spezielle Strategie der nicht-einheitlichen Integration, die Strategie der „verstärkten Zusammenarbeit“ (Bender 2001).¹¹

¹⁰ Gleich mehrere Publikationen widmen sich in diesem Zeitraum dieser Fragestellung. Siehe beispielsweise „Das Europa der zwei Generationen“ von Nickel und Bieber (1981) oder „Integrationskonzepte auf dem Prüfstand“ vom Arbeitskreis Europäische Integration e.V. (1981).

¹¹ Mit dem Vertrag von Amsterdam hat die EU 1997 das erste Mal ein Integrationsinstrument eingeführt, das offiziell von dem Paradigma der einheitlichen Integration abweicht. Die „verstärkte Zusammenarbeit“ soll es den Mitgliedstaaten ermöglichen, einen geplanten Integrationsschritt auch im Rahmen einer kleineren Gruppe umzusetzen, wenn absehbar wird, dass nicht alle Staaten zu diesem Schritt bereit sind. Mit der Etablierung der verstärkten Zusammenarbeit verfügte die EU nun auch offiziell über die Möglichkeit, einheitliche und nicht-einheitliche Integrationsstrategien anzuwenden.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass in der heutigen Europaforschung die These vertreten wird, dass die einheitliche Integration einerseits das Paradigma der Europäischen Einigung darstellt, dass im Laufe dieser Entwicklung aber andererseits auch immer wieder Strategien der nicht-einheitlichen Integration angewandt wurden. Da es bis heute aber keine Untersuchung gibt, die die Integrationsstruktur der gesamten europäischen Integrationsgeschichte umfasst, bleiben wichtige Fragen dieses Forschungsbereiches unbeantwortet. So ist bis heute unklar, welche Formen der nicht-einheitlichen Integrationsstrategie bisher tatsächlich angewandt wurden, wie das quantitative Verhältnis zwischen einheitlichen und differenzierten Strategien gestaltet ist und welche langfristigen Entwicklungen hier stattgefunden haben, ob die Zahl der differenzierten Integrationsschritte beispielsweise mit der Zeit zu- oder abgenommen hat.

4. Theorie der abgestuften Integration

Im Ergebnis der bisherigen empirischen Ausführungen konnte gezeigt werden, dass die abgestufte Integration einerseits als politisches Leitbild und andererseits auch als realpolitische Integrationsstrategie Teil der europäischen Integrationsgeschichte war und ist. Es bleibt die Frage, wie die Entstehung dieser Ideen und ihre Anwendung theoretisch erklärt werden kann.

In der Europaforschung wurden bislang sehr unterschiedliche Theorien der europäischen Integration entwickelt.¹² Dabei haben sich primär zwei traditionelle Konfliktlinien herausgebildet. Viele Europaforscher bemühen sich seit Beginn der europäischen Integration um eine wissenschaftliche Rekonstruktion der Ergebnisse dieses Integrationsprozesses, indem sie der Frage nachgehen, welche ordnungspolitische Gestalt die Europäischen Gemeinschaften aufweisen: Ist die Europäische Union in ihrer ordnungspolitischen Substanz vergleichbar mit anderen internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der Afrikanische Union oder muss sie aufgrund Ihrer besonderen Kompetenzstruktur eher als „supranationale“ oder sogar als „föderale“ Institution begriffen werden? Entlang dieser ersten Konfliktlinie stehen die intergouvernementalen Integrationstheorien dem Bündnis von supranationalen und föderalen Ansätzen gegenüber. Die Vertreter der supranationalen Integrationstheorien beschreiben die europäische Integration als einen Prozess, in dessen Rahmen „eine zunehmende Dichte grenzüberschreitender Kommunikations- und Austauschprozesse über einen längeren Zeitraum hinweg [...] zur Herausbildung eines übergeordneten Staatswesens mit zentralisierten Institutionen führt.“ (Nölke 2006: 146) Indem die europäischen Nationalstaaten Kompetenzen auf die übergeordnete europäische Ebene übertragen, schaffen sie mit der EU eine supranationale Institution, die über eine autonome

¹² Für einen Überblick über die bisherigen Theorien der europäischen Integration siehe O'Neill (1996), Immerfall (2000), Loth (2001), Jachtenfuchs und Kohler-Koch (2003), Bieling (2006b), Rosamond (2008), Grimmel/Jakobeit (2009) und Wiener/Diez (2009).

Rechtsordnung verfügt.¹³ Die Föderalisten gehen in ihrer Rekonstruktion noch einen Schritt über die supranationale Deutung hinaus. Sie identifizieren in der ordnungspolitischen Struktur der EU föderalistische Merkmale und beschreiben die Union als einen „Europäischen Bundesstaat“ (vgl. Elazar 1987, Friedrich 1968 und 1972, Oeter 2009). Mit dem Argument, die EU verfüge bis heute nicht über eine Kompetenz-Kompetenz, werden die supranationalen und die föderalistischen Deutungsperspektiven von den Vertretern der intergouvernementalen Integrationstheorie abgelehnt. Die Intergouvernementalisten betonen stattdessen, „dass die Nationalstaaten nach wie vor die zentralen Basiseinheiten der europäischen Integration darstellen und die Gemeinschaftspolitik vor allem durch die nationalen Regierungen bestimmt wird.“ (Bieling 2006a: 92) Die EU müsse deshalb als „Europäischer Staatenbund“ beschrieben werden. In der intergouvernementalen Integrationsperspektive wird die Europäische Union also nur als institutioneller Rahmen für die Zusammenarbeit der nationalstaatlichen Regierungen bewertet, die immer noch über einen konstitutiven Anteil ihrer Souveränität verfügen.¹⁴

Der Verlauf dieser Debatte über die ordnungspolitische Gestalt der Europäischen Gemeinschaften zeigt auch, was für die Gesamtheit der europawissenschaftlichen Integrationstheorien konstitutiv ist, nämlich eine starke Prägung durch normative Erkenntnisinteressen. So wird im Rahmen der einzelnen Theorien nicht nur eine analytische Rekonstruktion der Integrationsstrukturen angestrebt, sondern meist auch der Versuch unternommen, eine spezifische Ordnungspolitik als bestmögliches Modell für das Vereinte Europa zu begründen. Diese normative Umrahmung der Integrationsforschung ist entgegen der Meinung von Bieling (2006) bis heute erhalten geblieben. Dies zeigt sich beispielhaft an dem Aufsatz „Föderalismus und Demokratie“ von Stefan Oeter, in dem er einerseits analytisch nachweisen möchte, dass die EU bereits „starke föderale Züge trägt“ (Oeter 2009: 75), gleichzeitig aber auch normativ für eine föderale Organisation der EU argumentiert:

Dem Druck der zunehmenden internationalen Verflechtung der Ökonomie, Gesellschaften und Staatswesen werden sich die überlieferten Nationalstaaten nur auf Dauer stellen können, wenn sie es schaffen, in arbeitsteiliger Eingliederung in einen größeren Verbund zu angemessenen Antworten auf die auftretenden Herausforderungen zu kommen, zugleich aber in der Funktionsteilung des föderalen Systems ihren Bestand und ihre (wenn auch beschränkte) Handlungsautonomie zu sichern. (Oeter 2009: 74f.)

Die zweite Konfliktlinie der europawissenschaftlichen Integrationsforschung hat sich anlässlich der Frage entwickelt, welche Integrationslogik der Europäischen Vereinigung zu Grunde liegt. Hier stehen sich akteurzentrierte und strukturalistische Integrationstheorien gegenüber. In der Tradition der akteurzentrierten Theorien wird die europäische Integration als Ergebnis von handelnden Akteuren gedeutet, wobei der Kreis dieser Akteure meist als politische Elite beschrieben wird. Maurizio Bach definiert die europäische Integration in

¹³ Siehe dazu auch die supranationale Theorie von Sandholtz und Stone Sweet (2002).

¹⁴ Als Vertreter der intergouvernementalen Integrationstheorie gelten beispielsweise Dahrendorf (1973), Hoffmann (1982) und Taylor (1983).

diesem Sinne als eine „von ausdifferenzierten Funktionsebenen getragene rationale Vergesellschaftung in Gestalt eines supranationalen Verhandlungssystems mit primär wirtschaftspolitischer Zwecksetzung“ (Bach 2008: 186).¹⁵ In der Deutung der strukturalistischen Integrationstheorien werden im Gegensatz dazu eher strukturelle Dynamiken als Quelle der Integrationsentwicklung identifiziert. Beispielhaft ist hier die Perspektive der funktionalistischen Theorie, die die These von einer „sektoralen Integrationslogik“ der Europäischen Gemeinschaften vertritt. Ausgangspunkt dieser Theorie ist die empirisch durchaus plausible Beobachtung, dass die europäische Integration zunächst nur in einzelnen politischen und wirtschaftlichen Teilbereichen stattfand. Die allmähliche Erweiterung der Integration führen diese Forscher dann nicht primär auf das ideengeleitete Handeln von Akteuren zurück, sondern auf funktional-strukturelle Dynamiken, die sogenannten „Spillover-Effekte“. Durch funktionale Notwendigkeiten und Handlungszwänge kommt es dabei automatisch zu einer Übertragung der Integration auf andere Politikbereiche und insgesamt zu einer Dynamik der anhaltenden Integrationsvertiefung (siehe Mitrany 1943, Haas 1968).

Obgleich diese Konfliktlinien bereits seit Beginn der europäischen Integration und der Bemühungen um ihre wissenschaftliche Deutung bestehen, lösen sie sich im Zuge der letzten Jahre zunehmend auf. Wie Bieling richtig bemerkt, findet stattdessen in den jüngsten Theorien der europäischen Integration eine realistische Vermittlung zwischen intergouvernementalen und supranationalen, zwischen akteurzentrierten und strukturalistischen Ansätzen statt (Bieling 2006b). Auch die hier entwickelte Theorie der abgestuften Integration ist in diese Entwicklung einzuordnen. Denn, so wird im Folgenden gezeigt, die Entstehung abgestufter Ideen und Strukturen kann nur erklärt werden, wenn „Akteure“ und „Struktur“ der europäischen Integration gleichermaßen betrachtet werden. Abgestufte Integrationsstrategien sollen, nach der hier vertretenen These, als ein Instrument verstanden werden, mit dem europapolitische Akteure auf ein immanentes strukturelles Problem der europäischen Integration reagieren, nämlich auf den Zielkonflikt zwischen Integration und Erweiterung. Was ist unter diesem Zielkonflikt zu verstehen?

Die Entstehung der Europäischen Gemeinschaften, wie wir sie heute kennen, geht auf zwei zentrale Entwicklungslinien zurück: auf die europäische Integration und auf die europäische Erweiterung. Zwischen diesen beiden Entwicklungslinien besteht in dem Sinn ein Konflikt, dass mit der zunehmenden Erweiterung der Gemeinschaft die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration im Inneren immer weiter verschlechtert werden. Dieser Effekt muss auf die Tatsache zurückgeführt werden, dass die Integration verschiedener europäischer Staaten ein gewisses Maß an politischer und ökonomischer Homogenität dieser Integrationspartner zur Voraussetzung hat. Wenn diese Homogenität abnimmt und stattdessen der Grad an Heterogenität innerhalb der Gemeinschaft ansteigt, dann verschlechtern sich damit also die Erfolgchancen der Integrationsentwicklung und die Integrationskosten der Gemeinschaft steigen sprunghaft an (Vobruba 2007: 32). Dieser Anstieg

¹⁵ Für die akteurzentrierte Perspektive siehe beispielsweise Vobruba (2007) und Bach (2008).

an Heterogenität wurde in der Geschichte der europäischen Integration immer wieder durch die Erweiterung der Gemeinschaft um neue Mitgliedstaaten verursacht. Jede Erweiterungsrunde hat die Heterogenität der Gemeinschaften verstärkt und somit die Integrationsentwicklung im Inneren erschwert. Deshalb besteht zwischen der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften und ihrer Integration ein Zielkonflikt, der für die zukünftige Entwicklung des Vereinten Europas nicht ungefährlich ist: „Ohne eine Anpassung ihrer Strukturen und Verfahren erweitert sich die Europäische Union zur Unregierbarkeit.“ (Weidenfeld/Janning 1997: 149)

Um nun zeigen zu können, warum die Akteure abgestufte Integrationsstrategien als Lösung für diesen Zielkonflikt ansehen, muss zunächst erörtert werden, inwieweit die einheitliche Integrationsstrategie hier keinen Ausweg bieten kann. Die einheitliche Integrationsmethode ist, wie oben dargestellt wurde, zwar das traditionelle Paradigma der Europäischen Gemeinschaften, sie weist aber einen entscheidenden Nachteil auf, der gerade in der geschilderten Problemsituation zum Tragen kommt: Sie funktioniert nach dem Prinzip „Alle oder Keiner“: „Entweder alle Mitgliedstaaten schreiten gemeinsam und im Gleichschritt auf dem Integrationsweg voran oder auf eine gemeinschaftliche Regelung wird überhaupt verzichtet.“ (Scharrer 1984: 5) Die einheitliche Integrationsstrategie kennt also nur zwei Entwicklungsmöglichkeiten: gemeinsames Voranschreiten oder Stagnation. Dabei hat das gemeinsame Voranschreiten ein hohes Maß an Homogenität zwischen den Integrationspartnern zur Voraussetzung. Denn mit ansteigender politischer und wirtschaftlicher Heterogenität ist das vermehrte Auftreten von Interessensdifferenzen und Konflikten zwischen den Integrationspartnern sehr wahrscheinlich und die einstimmige Entscheidungsfindung, die für die einheitliche Integrationsmethode so konstitutiv ist, wird immer schwieriger zu realisieren sein. Da die einheitliche Integrationsmethode ausschließlich dem Prinzip „Alle oder Keiner“ folgt, ist eine zunehmende Stagnation der Integration unter diesen Voraussetzungen sehr wahrscheinlich. Für den Verlauf der europäischen Integration bedeutet das: Solange ein gewisses Maß an Homogenität herrscht und ein gemeinsames Voranschreiten möglich ist, stellt die einheitliche Integration die ideale Entwicklungsstrategie dar. Ist diese „Integration im Gleichschritt“ aber aufgrund steigender Heterogenität nicht möglich, dann bedeutet das Festhalten an dieser einheitlichen Strategie unweigerlich die Stagnation des Integrationsprozesses. Der Integrationsprozess kann unter den erweiterten Bedingungen nur dann voranschreiten, wenn sich die Akteure von dem Paradigma der einheitlichen Integration verabschieden und auch solche Strategien in Erwägung ziehen, die die Integration trotz Interessenskonflikten möglich macht. Diese Bedingungen werden von den Strategien der abgestuften Integration erfüllt.

Zusammengefasst heißt das, dass mit jeder Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften auch die Wahrscheinlichkeit dafür steigt, dass die europapolitischen Akteure nach Alternativen für die einheitliche Integrationsstrategie suchen müssen und deshalb zunehmend abgestufte Strategien in Erwägung ziehen.

Ohne eine Differenzierung droht die Lähmung der Europäischen Union im Zielkonflikt von Erweiterung einerseits und der Vertiefung entsprechend den im Vertrag von Maastricht vorgezeichneten Unionsperspektiven andererseits. (Weidenfeld/Janning 1997: 151)¹⁶

Die Entstehung und die zunehmende Akzeptanz abgestufter Integrationsstrategien in der Europapolitik erklärt sich also durch die Tatsache, dass die europapolitischen Akteure diese Strategien als Instrument verwenden, um den zunehmenden Zielkonflikt zwischen europäischer Erweiterung und europäischer Integration aufzulösen.

5. Ausblick

Der europäische Integrationsprozess ist ein historisch einmaliges Projekt, das sich neben der weltpolitischen Singularität vor allem durch seinen unvergleichlichen Erfolg auszeichnet. In nur 40 Jahren ist es gelungen, eine Union der Europäischen Staaten zu schaffen, in deren Rahmen heute eine Zusammenarbeit in vielen der wesentlichen Bereiche nationalstaatlicher Souveränität stattfindet. In diesem Aufsatz konnte gezeigt werden, welche Integrationsstrategien diesem Erfolg zu Grunde liegen. So ist klar, dass sich die politischen Architekten der Europäischen Union primär am Ideal der politischen Einheit orientiert haben und der europäische Einigungsprozess deshalb nach den Prinzipien der einheitlichen Integration organisiert wurde. Gleichzeitig konnte nachgewiesen werden, dass es sowohl in der Ideengeschichte als auch in der realpolitischen Entwicklung der europäischen Integration immer wieder Fälle gab, in denen die politischen Akteure über die Anwendung alternativer, nicht-einheitlicher Integrationsstrategien nachgedacht haben und diese sogar umgesetzt wurden. Diese Anwendung nicht-einheitlicher Integrationsstrategien muss dabei als Versuch gedeutet werden, den Zielkonflikt zwischen Erweiterung und einheitlicher Integration aufzuheben.

Im Rahmen des vorliegenden Aufsatzes sollte zugleich auf die bis heute vorhandenen Forschungslücken der europawissenschaftlichen Integrationsforschung aufmerksam gemacht werden. So konnte bisher eine ganze Reihe von wichtigen Forschungsfragen nicht geklärt werden: Wie oft die Strategie der nicht-einheitlichen Integration insgesamt angewandt wurde, welches quantitative Verhältnis also zwischen der Anwendung einheitlicher und abgestufter Strategien besteht und ob sich hier vielleicht sogar eine historische Entwicklungstendenz ablesen lässt, bleibt bis heute unbeantwortet. Diese Lücken können nur im Rahmen einer empirischen Analyse geschlossen werden, die die Struktur der gesamten Integrationsentwicklung der Europäischen Gemeinschaften rekonstruiert.

¹⁶ Es stellt sich freilich die Frage, warum die EU nicht auf die fortlaufende Erweiterung verzichtet, wenn damit solche Probleme für ihre einheitliche Integration entstehen. Diese Frage wird von der Theorie der „Dynamik Europas“ von Georg Vobruba beantwortet. Er zeigt, dass die EU bisher versucht hat, die Probleme ihrer Nachbarstaaten, die in die EU exportiert werden, durch die Aufnahme dieser Mitgliedstaaten zu lösen. Die Erweiterung hat damit für die EU eine sehr wichtige Funktion (siehe Vobruba 2007).

Literatur

- Arbeitskreis Europäische Integration e.V. (Hg.) (1981): *Integrationskonzepte auf dem Prüfstand*. Baden-Baden.
- Bach, Maurizio (2008): *Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der europäischen Integration*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Barroso, José Manuel (2011a): *The State of Europe - Die Europa Rede*. 09.11.2011 Berlin. Haus der Berliner Festspiele. Online verfügbar unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/738&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>.
- Barroso, José Manuel (2011b): *Erneuerung Europas - Rede zur Lage der Union 2011*. Europäisches Parlament. Online verfügbar unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/607&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>.
- Beck, Heiko (1995): *Abgestufte Integration im Europäischen Gemeinschaftsrecht unter besonderer Berücksichtigung des Umweltrechts. Bestandsaufnahme und Perspektiven*. Frankfurt/Main, Bern [etc.]: P. Lang.
- Bender, Tobias (2001): Die Verstärkte Zusammenarbeit nach Nizza. In: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, 61, 729-770.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (1997): *Das neue Europa - Strategien differenzierter Integration*. Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Beutel, Jochen (2006): *Differenzierte Integration in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Eine Untersuchung zu den rechtlichen Auswirkungen der Gewährung einer Ausnahmeregelung und der Sonderregelungen für Dänemark und Großbritannien auf die Wirtschafts- und Währungspolitik der Europäischen Gemeinschaft*. Berlin: De Gruyter Recht.
- Bieling, Hans-Jürgen (2006a): Intergouvernementalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen (2006b): *Theorien der europäischen Integration*. 2. Aufl. (S. 91-115). Wiesbaden: VS Verlag.
- Bieling, Hans-Jürgen (2006b): *Theorien der europäischen Integration*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Blair, Tony (2000): *Europas politische Zukunft*. Rede in der polnischen Börse in Warschau, 06.10.2000. Online verfügbar unter <http://www.europa-reden.de/>.
- Brandt, Willy (1974): Rede vom vor der Organisation Française du Mouvement Européen. Paris, 19.11.1974.
- Breuss, Fritz (1998): *Flexible Integration in Europa - Einheit oder "Europe à la carte"?* Wien: Springer (Schriftenreihe der Österreichischen Gesellschaft für Europaforschung (ECSA-Austria), 1).
- Brunn, Gerhard (2004): *Die Europäische Einigung von 1945 bis heute*. [Nachdr.]. Stuttgart: Reclam (Reclams Universal-Bibliothek, 17038).
- Chirac, Jaques (2000): *Notre Europe - Unser Europa*. 27. Juni 2000 vor dem Deutschen Bundestag in Berlin. Online verfügbar unter <http://www.europa-reden.de>.
- Ciampi, Carlo (2003): *Die deutsch-italienische Freundschaft im Dienst der europäischen Integration*. Rede an der Humboldt-Universität Berlin. Online verfügbar unter <http://www.europa-reden.de>.

- Dahrendorf, Ralf (1973): *Plädoyer für die Europäische Union*. München: R. Piper.
- Delors, Jaques (1999): *Unsere historische Aufgabe: Die Wiedervereinigung Europas*. Rede vor dem Apen Institute in Berlin. Online verfügbar unter <http://www.europa-reden.de/>.
- Delors, Jaques (2000): *Die Europäische Avantgarde - Für eine neue Dynamik im Integrationsprozess*. Rede vor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris. Online verfügbar unter <http://www.europa-reden.de/>.
- Elazar, Daniel Judah (1987): *Exploring Federalism*. Tuscaloosa, AL: University of Alabama Press.
- Emmanouilidis, Janis A. (2009): Das differenzierte Europa. Königsweg oder Sackgasse der Integration? In: Decker, Frank; Höreth, Marcus: *Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts* (S. 344-366). Wiesbaden: VS Verlag.
- FAZ (2005a): *EU-Gipfel: Nur eine Denkpause für Europa*. In: FAZ 2005. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E448F40F2FBBE4F89A50993E0B2F9A612~ATpl~Ecommon~Scontent~Afor~Eprint.html>.
- FAZ (2005b): *EU-Verfassung: Ein langer Weg*. In: FAZ 2005. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E7376937B9F7841CB8CBD9150C0EE4AAC~ATpl~Ecommon~Spezial~Afor~Eprint.html>.
- Fischer, Joschka (2000): *Vom Staatenbund zur Föderation - Gedanken über die Finalität der europäischen Integration. "Humboldt-Rede"*. Humboldt-Universität Berlin, 12.05.2000. Online verfügbar unter <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/reden/2000/r000512a.pdf>.
- Fischer-Lescano, Andreas; Kommer, Steffen (2011): *Verstärkte Zusammenarbeit in der EU. Ein Modell für Kooperationsfortschritte in der Wirtschafts- und Sozialpolitik?* Friedrich Ebert Stiftung (Internationale Politikanalyse). Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08454.pdf>.
- Friedrich, Carl J. (1968): *Trends of Federalism in Theory and Practice*. New York, NY: Frederick A. Praeger Publishers.
- Friedrich, Carl J. (1972): *Europa - Nation im Werden?* Bonn: Europa-Union-Verlag.
- Grabitz, Eberhard; Franzmeyer, Fritz (Hg.) (1984): *Abgestufte Integration. Eine Alternative zum herkömmlichen Integrationskonzept?* 1. Aufl. Kehl am Rhein: Engel (Schriftenreihe Europa-Forschung, Bd. 8).
- Grabitz, Eberhard; Iliopoulos, Constantin (1984): Typologie der Differenzierungen und Ausnahmen im Gemeinschaftsrecht. In: Eberhard Grabitz und Fritz Franzmeyer (Hg.): *Abgestufte Integration. Eine Alternative zum herkömmlichen Integrationskonzept?* 1. Aufl. (S. 31-46) Kehl am Rhein: Engel (Schriftenreihe Europa-Forschung, Bd. 8).
- Grimmel, Andreas; Jakobeit, Cord (2009): *Politische Theorien der Europäischen Integration*. Ein Text- und Lehrbuch. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Haas, Ernst (1968): *The Uniting of Europe*. Stanford: California University Press.
- Herbst, Ludolf (1986): Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung 1947-1950. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 34, 161-205.
- Herz, Bernhard; Hild, Alexandra (2007): Ist die EWU ein Modell für die EU der zwei Geschwindigkeiten? In: *Wirtschaftsdienst*, 8, 503-508.

- Hoffmann, Stanley (1982): Reflections on the Nation-State in Western Europe Today. *Journal of Common Market Studies*, 21, 21-37.
- Hüther, Michael (2011): Europa neu denken: Kern und Peripherie. In: *Süddeutsche Zeitung*, 29.07.2011. Online verfügbar unter <http://www.iwkoeln.de/Presse/Kolumnen/tabid/190/articleid/31287/Default.aspx>.
- Immerfall, Stefan (2000): Fragestellungen einer Soziologie der europäischen Integration. In: Maurizio Bach (Hg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften* (S. 481-503). Wiesbaden: Westdt. Verl. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft, 40).
- Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hg.) (2003): *Europäische Integration*. 2. Aufl. Opladen: Leske + Budrich.
- Jacobs, Jörg (2008): Die Entwicklung der EU zwischen evolutionärer Logik und politischen Prozesses: ein Kommentar. In: Frank Bönker (Hg.): *Postsozialistische Transformation und europäische (Des-)Integration. Bilanz und Perspektiven* (S. 231-235). Marburg: Metropolis-Verlag.
- John, Stefanie (2006): Differenzierte Integration im Spannungsfeld von Erwartung und politischer Realität: Eine Bewertung ihrer Auswirkungen auf den europäischen Integrationsprozess. Tagungsbericht zur 6. Gemeinsamen Tagung von ESCA Austria, Arbeitskreis Europäische Integration und ECSA Suisse mit dem Titel "Kerneuropa: Differenzierte Integration als Konzept für die erweiterte EU oder als Grundlage für ihre Spaltung?" am 10. und 11. November in Wien. In: *integration*, 29, 2, 172-179.
- Kohler, Beate (1981): Die politische und wirtschaftliche Lage der EG zum Zeitpunkt der 2. Erweiterung. In: Dietmar Nickel und Roland Bieber (Hg.): *Das Europa der zweiten Generation. Gedächtnisschrift für Christoph Sasse*, Bd. 1. (S. 21-34). Baden-Baden, Kehl am Rhein; Straßburg: Nomos Verlagsgesellschaft [puis]; N. P. Engel.
- Langeheine, Bernd (1984): Rechtliche und institutionelle Probleme einer abgestuften Integration in der Europäischen Gemeinschaft. In: Eberhard Grabitz und Fritz Franzmeyer (Hg.): *Abgestufte Integration. Eine Alternative zum herkömmlichen Integrationskonzept?* 1. Aufl. (S. 47-123) Kehl am Rhein: Engel (Schriftenreihe Europa-Forschung, Bd. 8).
- Loth, Wilfried (2001): *Theorien europäischer Integration*. Opladen: Leske + Budrich (Grundlagen für Europa, 7).
- Merkel, Angela (2008): *Regierungserklärung*. Online verfügbar unter www.bundestag.de/bic/plenarprotokolle.de.
- Mitrany, David (1943): A working peace system. An argument for the functional development of international organization. London: Royal Inst. of Internat. Affairs
- Münch, Holger (2007): *Leitbilder und Grundverständnisse der polnischen Europapolitik*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag. (Studien zur Europäischen Union, 6).
- Nickel, Dietmar; Bieber, Roland (Hg.) (1981): *Das Europa der zweiten Generation. Gedächtnisschrift für Christoph Sasse*. Baden-Baden, Kehl am Rhein; Straßburg: Nomos Verlagsgesellschaft [puis]; N. P. Engel.
- Nölke, Andreas (2006): Supranationalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen (2006b): *Theorien der europäischen Integration*. 2. Aufl. (S. 145-167). Wiesbaden: VS Verlag.

- Oeter, Stefan (2009): Föderalismus und Demokratie. In: Bogdandy, Armin von (2009): *Europäisches Verfassungsrecht: Theoretische und dogmatische Grundzüge* (S. 73-120). Dordrecht [u.a.]: Springer.
- O'Neill, Michael (1996): *The Politics of European Integration. A Reader*. London: Routledge.
- Rosamond, Ben (2008): *Theories of European Integration*. [Nachdr.]. Basingstoke: Palgrave [u.a.] (The European Union Series).
- Schäfer, Wolf (2007): Differenzierte Integration. In: *Wirtschaftsdienst*, 8, 495–498.
- Schäuble, Wolfgang; Lamers, Karl (1994): *Überlegungen zur Europäischen Politik*. Online verfügbar unter www.cduscu.de.
- Scharrer, Hans-Eckart (1984): Abgestufte Integration - Eine Einführung. In: Eberhard Grabitz und Fritz Franzmeyer (Hg.): *Abgestufte Integration. Eine Alternative zum herkömmlichen Integrationskonzept?* 1. Aufl. (S. 1-30). Kehl am Rhein: Engel (Schriftenreihe Europa-Forschung, Bd. 8).
- Schmale, Wolfgang (2010): Europa und das Paradigma der Einheit. In: Johannes Wienand und Christiane Wienand (Hg.): *Die kulturelle Integration Europas* (S. 101-121). Wiesbaden: VS Verlag.
- Schneider, Heinrich (2004): *"Kerneuropa". Ein aktuelles Schlagwort und seine Bedeutung*. Europainstitut der Wirtschaftsuniversität Wien (Working Papers, 54). Online verfügbar unter <http://epub.wu.ac.at/1210/1/document.pdf>.
- Spiegel Online (2008a): *Iren stoppen Reform der EU*, 13.06.2008. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518.html>.
- Spiegel Online (2008b): *Merkel und Sarkozy wollen Europakurs fortsetzen*, 13.06.2008. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518.html>.
- Spiegel Online (2008c): *Parlamentspräsident Pötering fordert Stopp der EU-Erweiterung 2008*, 14.06.2008. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,559679,00.html>.
- Spiegel Online (2008d): *Junker warnt deutsche Europa-Politiker vor Arroganz*, 17.06.2008. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,560058,00.html>.
- Spiegel Online (2008e): *Weimarer Dreieck: Berlin, Paris und Warschau sehen keine schnelle Lösung für EU-Krise*, 17.06.2008. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,560239,00.html>.
- Stone Sweet, Alec (2002): *The Institutionalization of Europe*. Unter Mitarbeit von Sandholtz & Fligstein. Reprinted. Oxford: Oxford University Press.
- Taylor, Paul (1983): *The Limits of European Integration*. London/Sydney: Croom Helm.
- Tindemans, Leo (1975): *Bericht über die Europäische Union*. Online verfügbar unter http://www.ena.lu/bericht_europaische_union_29_dezember_1975-3-16956.
- Verheugen, Günter (2005): *Europa in der Krise. Für eine Neubegründung der europäischen Idee*. 1. Aufl. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Verhofstadt, Guy (2006): *Die Vereinigten Staaten von Europa. Manifest für ein neues Europa*. Eupen: GEV Grenz-Echo-Verlag.
- Vobruba, Georg (2007): *Die Dynamik Europas*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.

- Vollmer, Ernst (1967): *Die wirtschaftliche Deutung der Rechtsprechung zum Montanvertrag*. Berlin: Duncker & Humblot (Schriften zum Wirtschaftsrecht, 5).
- Weidenfeld, Werner; Janning, Josef (1997): Das neue Europa - Strategien differenzierter Integration. Strategiepapier für das Internationale Bertelsmann-Forum. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): *Das neue Europa - Strategien differenzierter Integration* (S. 139–168). Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Wiener, Antje; Diez, Thomas (2009): *European Integration Theory*. 2. ed. Oxford: Oxford University Press.

Europäische Verträge

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957

<http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11957E/tif/11957E.html>

Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft 2007

<http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2007:306:SOM:DE:HTML>

Vertrag über die Europäische Union 1992

http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/tif/JOC_1992_191__1_DE_0001.pdf